

Verarmung durch Sozialsysteme

# Von zwei Seiten in die Zange genommen

**Unsere Sozialsysteme waren nie nachhaltig konstruiert. Das rächt sich jetzt. Der Mittelschicht werden immer höhere Abgaben aufgelastet, bei immer geringeren Gegenleistungen. Statt eines durchdachten Neuanfangs gibt es bisher nur orientierungslosen Aktionismus, der die Probleme meist noch verschärft.**

von ÖP-Redakteur Günther Hartmann

Immer wieder wird sie von den „Volksparteien“ beschworen, vor allem vor Wahlen: die Mitte. Als Gerhard Schröder seinen Slogan der „Neuen Mitte“ propagierte, antwortete Angela Merkel: „Es gibt gar keine neue Mitte, sondern nur die Mitte. Und das sind wir.“ Und Schröder antwortete: „Jetzt sind wir aber die Mitte.“ Und so geht das bis heute. Auf dem CDU-Parteitag Dezember 2007 in Hannover verwendet die Kanzlerin in ihrer Grundsatzrede 35-mal das Wort „Mitte“.

Verbal wird die „Mitte“ hofiert. Erster Grund: Wer definiert sich schon gerne als Rand? Zweiter Grund: Während die Wahlbe-

## Kein europäischer Staat beutet seine Arbeitnehmer so aus wie der deutsche.

teilung in der Unterschicht auf 20% abgesunken ist, ist sie in der Mittelschicht mit rund 70% immer noch sehr hoch.

Doch es brodelt bei den Bürgern der Mittelschicht. Der Politologe Franz Walter bemerkt: „Sie sehen sich als die eigentlichen Verlierer der Sozialreformen, bei den Korrekturen von Pendlerpauschalen, Eigenheimzulagen, in der Gefahr des raschen Absturzes in das Arbeitslosengeld II, das sie, die notorisch Fleißigen, mit Stadtreichern etc. zusammenwürfelt.“

Es brodelt. Man fühlt sich betrogen. Und das völlig zu Recht. Nicht nur wegen der rot-grünen Agenda 2010 und Hartz IV. Die Fakten zeigen klar: Keine Bevölkerungsgruppe hat in den vergan-

genen Jahren stärkere Einbußen hinnehmen müssen. Spiegel-Autor Michael Sauga drückt es deutlich aus: „Kein europäischer Staat beutet seine Arbeitnehmer so aus wie der deutsche.“

### Sinkende Realeinkommen

Seit zwei Jahrzehnten wachsen die realen Nettoeinkommen der Arbeitnehmer nicht mehr, sondern sinken jährlich um durchschnittlich 0,5%. Und das, obwohl Deutschland Exportweltmeister ist und die Wirtschaft wächst, also jedes Jahr mehr Wohlstand erwirtschaftet wird als jemals zuvor. Und mehr Wohlstand zu verteilen wäre, als jemals zuvor.

Wo geht das Erwirtschaftete hin? Den einen Teil behalten die Unternehmen als Gewinn ein, den anderen Teil kassiert der Staat. Während auf der einen Seite Aktienkurse und Manager-

## Seit zwei Jahrzehnten sinken die realen Nettoeinkommen jährlich um 0,5%.

gehälter explodieren, werden die bescheidenen Lohnzuwächse von der Inflation und vor allem von den steigenden Beitragsätzen zu den Sozialversicherungen mehr als kompensiert.

Kernproblem ist, dass die Finanzierung der Sozialsysteme völlig an den Faktor Arbeit gekoppelt ist. Das funktionierte in Zeiten von Bevölkerungs- und Einkommenswachstum hervorragend. In Zeiten stagnierender Einkommen bei gleichzeitig schrumpfender und alternder Bevölkerung wird es aber völlig

absurd. Dass die Sozialkassen für die deutsche Einheit und andere Zwecke missbraucht wurden und werden, beschleunigt den Niedergang noch.

Ein Teufelskreis entsteht: Wenn das Geld in den Töpfen der Renten-, Kranken- oder Arbeitslosenversicherungen nicht mehr reicht, müssen die Beiträge angehoben werden. Das vermindert nicht nur die Nettoeinkommen, sondern verteuert auch die Arbeitsstellen, die deshalb noch häufiger wegrationalisiert werden, als das ohnehin der Fall wäre. Die Entlassenen vergrößern den Pool der Transferempfänger, was wiederum neue Löcher in die Sozialtöpfe reißt – usw.

### Ungleiche Solidarität

Wer von den staatlichen Sozialgesetzen profitiert und wer verliert, hängt vom Beruf ab: Besserverdienende, Selbstständige, Freiberufler und Beamte dürfen privat vorsorgen oder werden direkt aus Steuermitteln versorgt. Durchschnittlich und schlecht verdienende Arbeitnehmer sind dagegen Zwangsmitglieder im maroden Sozialsystem.

„Die Starken dürfen für sich selber sorgen – und die Schwachen müssen die Schwächeren stützen,“ bringt Sauga diese Logik auf den Punkt. „Solidarität? Ja, aber bitte nur innerhalb der eigenen Gesellschaftsschicht. Wahlfreiheit? Ja, aber bitte nur für die Privilegierten. Gleichheit? Ja, aber nicht für alle.“ Die Mittelschicht muss mit der Unterschicht solidarisch sein, die Oberschicht darf sich völlig ausklinken.

So sorgt das deutsche Sozialsystem nicht für mehr Soziale Gerechtigkeit, sondern umgekehrt: für mehr Soziale Ungerechtig-

keit. Meist wird mit gleichmacherischen Begriffen wie „das Volk“, „die Bürger“ oder „die Rentner“ vernebelt, dass sich die Armut-Reichtums-Schere immer weiter öffnet, dass die einen von den „Freiheiten“ profitieren und die anderen die „Risiken“ tragen müssen, dass die soziale Herkunft das Leben immer mehr vorbestimmt.

„Es wäre ja zu peinlich zugeben, dass Klassenunterschiede auch im Übergang in das 21. Jahrhundert unsere Gesellschaft noch ganz fundamental und vielfältig prägen – vom Schulbesuch bis zur Gesundheitsversorgung, vom Einkommen bis zur politischen Macht,“ bemerkt der liberale Soziologe Paul Nolte

## Das Kernproblem ist die Kopplung der Sozialsysteme an den Faktor Arbeit.

und fordert ein neues Klassenbewusstsein: „Eine demokratische Gesellschaft sollte sich Rechenschaft über ihre Bauprinzipien ablegen.“

### Krankenkassen

In fast allen westlichen Staaten gibt es bei den Krankenkassen kein Nebeneinander aus gesetzlichen und privaten, sondern eine staatliche Grundsicherung für alle Bürger, und für besonderen Service dann private Zusatzversicherungen. Die einzigen Ausnahmen: Chile und Deutschland.

In den gesetzlichen Kassen geht bei Durchschnittsverdienern der größte Teil des Beitrags als Solidarbeitrag an andere Kassenmitglieder. Das kommt daher, dass die Privatkassen Behinderte, chronisch Kranke und Invalide ablehnen oder durch hohe Zuschläge abschrecken dürfen. So können sich die Besserverdienenden eine noch relativ preiswerte Luxusversorgung gönnen.

„Risikoselektion“ heißt das im Fachjargon und bedeutet letztendlich, dass die sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer einen überproportional großen Anteil am Gesundheitsrisiko der Gesamtgesellschaft tragen müssen. Weil das ihre finanziellen Möglichkeiten überfordert,



entwickelt sich immer mehr ein Zwei-Klassen-System, bei dem die Frage „Kasse oder privat?“ schon bald zur Überlebensfrage zu werden droht.

#### Renten

Seit Mitte der 1990er Jahre stiegen die Renten um 11%. Das ist relativ bescheiden im Vergleich zu den steuerfinanzierten Beamtenpensionen, die gleich um ein Drittel zulegten, jedoch sehr viel im Vergleich zur Einkommensentwicklung derer, die mit ihren Abgaben diese Renten finanzieren müssen. Auf den demografischen Wandel wurde noch nicht richtig reagiert. Man schiebt die Probleme lieber in die Zukunft.

Wenn man das Rentensystem so belässt, wie es heute ist, kommen auf die Beitragszahler, die eh schon seit zwei Jahrzehnten stagnierende Realeinkommen haben, deutlich höhere Abgaben zu. Amtlichen Prognosen zufolge müssen die Beiträge für die Renten um 10% steigen, um die Rentenzahlungen bis 2030 zu gewährleisten, und im Gegenzug

muss das Rentenniveau für die heutigen Beitragszahler um rund 20% gesenkt werden.

„Sandwich-Generation“ nennt der Wirtschaftsexperte Bert Rürup die Arbeitnehmerjahrgänge, die um 1965 geboren

### **Die Starken dürfen für sich selber sorgen. Die Schwachen müssen die Schwächeren stützen.**

wurden, denn sie müssen mit immer höheren Beiträgen die überzogenen Politikergeschenke der Vergangenheit bezahlen und können selbst nur noch eine Minimalversorgung erwarten: Ein Durchschnittsverdiener, der 30 Jahre einbezahlt hat, wird nur noch ein Altersgeld in Höhe der Sozialhilfe erhalten.

Trotzdem hält es die Bundeskanzlerin dieser Tage für notwendig, die Rentner „am wirtschaftlichen Aufschwung zu beteiligen“. Der Grund für

ihre „Sorge“ liegt auf der Hand: 2009 sind Bundestagswahlen. Bis auf Ex-Bundespräsident Roman Herzog, der wütend warnte, Deutschland verkäme zur „Rentner-Demokratie“, gab es kaum Proteste. Das liegt wohl daran, dass den meisten Bürgern immer noch nicht klar ist, wie unser Rentensystem überhaupt funktioniert – was durchaus im Sinne der Erfinder ist.

#### Täuschungsmanöver

Der wahre Charakter der Sozialsysteme wurde schon immer verschleiert. Zum einen mit einer aus der Versicherungsbranche entlehnten Begriffswelt, die suggeriert, das eingezahlte Geld lande irgendwo auf einem Konto und würde verzinst. Zum anderen durch den sogenannten „Arbeitgeberanteil“: Es soll der Eindruck erweckt werden, als würden die Arbeitgeber aus Solidarität nochmals den Betrag zuschießen, den die Arbeitnehmer zu entrichten haben. Zu schön, um wahr zu sein – aber trotzdem taucht dieses Argument auch heute in Diskussionen immer wieder auf: als „bewährtes Prinzip der paritätischen Finanzierung“.

Ein Arbeitgeber verschenkt natürlich nichts, sondern kalkuliert mit den gesamten Lohnkosten – und die muss ihm sein Arbeitnehmer erwirtschaften. Ihm kann es letztlich völlig egal sein, ob er seinem Arbeitnehmer den vollen Betrag ausbezahlt und dieser dann die Sozialversicherungsbeiträge in voller Höhe abführt, oder ob sich beide „die Arbeit teilen“ und jeder die Hälfte abführt.

Der Sinn dieser Verwirrungsmaßnahme ist klar: Die Unternehmer stehen als Wohltäter da. Und für den Arbeitnehmer sehen die auf dem Lohnzettel nur in halber Höhe angegebenen Sozialbeiträge noch einigermaßen akzeptabel aus.

#### Beitragsmissbrauch

Um vor Wahlen Sympathiepunkte zu gewinnen, führen Politiker gerne neue Wohltaten ein. Das wäre durchaus begrüßenswert, wenn nur die Finanzierung nicht immer komplett den beitragspflichtigen Arbeitnehmern aufgehalst werden würde.

Ein Beispiel aus jüngster Zeit: die Mutter-Kind-Kur. Eine

sehr gute Idee. Doch wieder einmal muss die Finanzierung ausschließlich von den gesetzlichen Krankenkassen aufgebracht werden – und damit von ihren Zwangsmitgliedern. Wie wenn Familienpolitik keine die Allge-

### **Ein Durchschnittsverdiener wird nur noch Rente in Höhe der Sozialhilfe erhalten.**

meinheit betreffende Angelegenheit wäre. Ist sie aber und deshalb eine staatliche Aufgabe, die über Steuern finanziert werden sollte.

Aber das Wort „Steuer“ ist negativ besetzt und klingt nach Zwang und Abzocke. „Sozialbeitrag“ dagegen klingt nach Gerechtigkeit und Solidarität mit den Schwachen. Da bekommt jeder sofort ein schlechtes Gewissen, wenn er auch nur daran denkt, dagegen zu protestieren. Aber: es zahlen eben nicht alle Sozialbeiträge – Steuern dagegen schon.

Die Mutter-Kind-Kur ist noch ein positives Beispiel eines langen und völlig unübersichtlichen Katalogs allgemeiner Leistungen, die den Sozialkassen seit Jahren still und heimlich auferlegt werden. Die Beitragsgelder werden immer mehr zur Stillen Reserve der Bundesregierung und fließen an Empfänger, die niemals einbezahlt haben und für die sie niemals gedacht waren.

Finanzminister Peer Steinbrück gab offen zu, dass er die Arbeitslosenkasse als Teil des gesamtsstaatlichen Haushalts betrachtet. So flossen und fließen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung unter anderem auch in die Förderung von Hauptschulabschlüssen lernbehinderter Jugendlicher, Berufsbekleidung für Auszubildende, Deutschkurse für Ausländer, Pensionsfonds für Beamte, und noch sehr viel mehr. Genauso verhält es sich mit den Krankenkassen- und Rentenbeiträgen.

Den größten Sozialkassenmissbrauch tätigte Helmut Kohl, der die deutsche Wiedervereinigung damit finanzierte. Den Wahlkampf hatte er gegen Oskar Lafontaine mit den beiden Versprechen gewonnen, es werde

wegen der Einheit niemandem schlechter gehen, und es werde keine Steuererhöhungen geben. So musste dann die westdeutsche Rentenkasse die Versorgung der DDR-Rentner und einer gigantischen Frühverrentungswelle übernehmen. Die Arbeitslosenversicherung wurde benutzt, um nach dem Zusammenbruch des ostdeutschen Arbeitsmarkts mit ABM-Stellen einen riesigen Ersatzarbeitsmarkt zu errichten.

Die sozialversicherungsrechtlichen Arbeitnehmer mussten die Kosten fast alleine schultern, während Besserverdienende, Beamte und Selbstständige, aber auch Pensionäre und Rentner weitgehend verschont blieben. Die Wiedervereinigung war keine solidarische Leistung der gesamten Gesellschaft, sondern eine zutiefst ungerechte Umverteilungsaktion, „ein Raubzug durch die Sozialversicherungen in dreistelliger Milliardenhöhe“, wie Sauga es treffend ausdrückt. Eine Rückzahlung der Gelder wurde nie in Betracht gezogen.

#### Vorgeschichte

Als Konrad Adenauer in den 50er-Jahren den Plan fasste, das umlagefinanzierte Rentensystem einzuführen, soll er angeblich

am meisten bewegte. Bei den Bundestagswahlen 1957 errang er denn auch mit 50,2% den deutlichsten Wahlsieg in der Geschichte der Bundesrepublik.

Um das Projekt zügig bis zur Wahl vorantreiben zu können, fielen viele vernünftige Vorschläge wie z. B. die Anrechnung der

### **Der wahre Charakter der Sozialsysteme wurde schon immer verschleiert.**

Jahre des Fernbleibens vom Beruf wegen Kindererziehung unter den Tisch. „Kinder bekommen die Leute sowieso,“ war Adenauers Meinung dazu.

Die Instrumentalisierung der Rente für politische Zwecke zog sich dann wie ein roter Faden durch die Geschichte der Bundesrepublik. Das Prinzip ist einfach und ungemein verführerisch: Eine größere Wählergruppe wird in der Gegenwart „beglückt“ und die Kosten in die Zukunft abgewälzt.

Auch die SPD lernte das schnell und so begann ein skurriler Wettbewerb, Rentnern immer neue Wohltaten zu verspre-

erst gar nicht diskutiert. Stattdessen senkte man z. B. das Rentenalter immer weiter und erlaubte Selbstständigen, sich nachträglich zu äußerst günstigen Konditionen in die gesetzliche Rente „einzukaufen“, was viele Anwälte und Ärzte gerne taten, um ihre Altersversorgung aufzustocken.

Dabei waren die Probleme der Zukunft schon deutlich absehbar. Das Wirtschaftswachstum war in den 70er-Jahren durch die Ölkrise von den 9% der 60er-Jahre auf 4% gefallen. Die Geburtenrate ging dramatisch zurück und der demografische Wandel zeichnete sich ab. Während 1957 auf einen Rentner acht Beitragszahler kamen, sind es heute nur noch zwei, und in 30 Jahren wird es einer sein. Zudem werden die Bürger auch immer älter, beziehen also ihre Renten länger.

Diese simplen Tatsachen wurden lange verdrängt, totgeschwiegen und schöngeredet. Die Politik machte weiter, als gäbe es keinerlei Probleme. „Denn eins ist sicher: die Rente!“ versprach noch Mitte der 80er-Jahre der damalige Arbeitsminister Norbert Blüm unermüdlich.

Dabei waren zu diesem Zeitpunkt die Ausgaben schon dramatisch in die Höhe geschne-

llert – um „die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen“.

Hier wird das Kernproblem des Politikverständnisses der „Volksparteien“ deutlich: Es mangelt ihnen eklatant an ganzheitlichem und vernetztem Denken. Wenn dann auch noch ein komplexes Problem wie der Umweltschutz hinzukommt, sind sie hoffnungslos überfordert und zu keiner sinnvollen Lösung in der Lage.

Bei aller Komplexität muss man sich aber auch immer wieder daran erinnern, dass unsere Wirtschaft wächst, dass also jedes Jahr mehr Wohlstand produziert

### **Nicht die Sozialleistungen sind fragwürdig, sondern wie sie finanziert werden.**

wird als jemals zuvor. Das Problem ist die Kopplung der Sozialbeiträge an den schrumpfenden Faktor Arbeit. Nicht die Sozialleistungen sind fragwürdig, sondern wie sie finanziert werden.

#### Aktuelle Reformen

Der Sage nach wurde alles, was König Midas anfasste, zu Gold. In der bundesdeutschen Sozialpolitik war es die letzten Jahre genau umgekehrt: Alles missriert. Die „Maßnahmen“ lösten die Probleme nicht, sondern verschärfte sie noch.

Beispiel Rentenpolitik: Wie gewohnt sollen Lasten vor allem spätere Generationen tragen – wenn man selber nicht mehr regiert. Die „Rente mit 67“ verlangt von den heutigen Rentnern keine Opfer, sondern trifft die, die heute mitten im Berufsleben stehen und die aktuellen Renten erarbeiten – und vor lauter Strampeln wohl kaum mehr Zeit und Kraft zum Nachdenken haben, geschweige denn zum politischen Protest.

Beispiel Gesundheitspolitik: Die sogenannte „Überforderungsklausel“ soll finanziell Schwachen eine vernünftige Versorgung garantieren. Bei denjenigen, deren Selbstbeteiligungskosten einen zu hohen Anteil am Einkommen verschlingen, müssen die gesetzlichen Krankenkassen einspringen. Das

Foto: Bilderbox.de



seine Berater gefragt haben, was denn sei, wenn es nicht funktioniert. Und diese sollen geantwortet haben, dann sei er längst nicht mehr Kanzler. Damit war die Entscheidung gefallen, denn Umfragen zeigten, dass dieses Thema sehr viele Menschen

chen. Die Beiträge wuchsen ja auch noch und die „Kandidaten“ interessierte vor allem die nächste Wahl und nicht die Zukunft. Über die Möglichkeit, überschüssiges Geld für schlechtere Zeiten zurückzulegen oder die Beitragssätze zu senken, wurde

was vor allem am gesunkenen Rentenalter lag. Während die Bürger Anfang der 70er-Jahre durchschnittlich mit 61,5 Jahren in den Ruhestand gingen, taten sie das Mitte der 80er-Jahre schon mit 59,5 Jahren. Das war politisch auch ausdrücklich so

lingt sozial, heißt aber: nicht die Allgemeinheit, sondern die zwangsversicherten Arbeitnehmer haben jetzt für die medizinische Versorgung von Rentnern und Fürsorgeempfängern aufzukommen.

**Beispiel Arbeitslosenpolitik:** Die Reduzierung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld auf zwölf Monate, egal wie lange man vorher gearbeitet hat, egal wie viel Arbeitslosenversicherungsbeiträge man vorher einbezahlt hat, egal ob man Opfer von Rationalisierungsmaßnahmen oder einer Arbeitgeberinsolvenz geworden ist, stößt viele Bürger innerhalb kurzer Zeit in die Armutzone. Um dort Unterstützung zu erhalten, müssen zuerst die privaten Ersparnisse aufgebraucht werden – was völlig im Widerspruch steht zum Appell an eine private

## ***Eine Verarmung weiter Teile der Mittelschicht ist vorprogrammiert.***

Altersvorsorge und eine Verarmung weiter Teile der Mittelschicht vorprogrammiert.

**Beispiel Niedriglohnsektor:** Wer einen Vollzeitjob mit unterdurchschnittlichem Verdienst hat, dem lassen die horrenden Abgaben nur wenig mehr übrig, als einem Hartz-IV-Empfänger auch ohne zu arbeiten zusteht. Und die Ansprüche auf Rente sind so gering, dass es sowieso auf die Mindestrente hinausläuft. „Ausgerechnet diejenigen, für die das System der Soliderversicherungen einst erfunden wurde, sind heute die Geprellten,“ konstatiert Sauga. „Früher waren für die Ausbeutung der Arbeitnehmer die Kapitalisten zuständig. Heute besorgt das der Sozialstaat.“

**Folge:** Schwarzarbeit und Flucht in die Selbstständigkeit. Letzteres wurde dann auch noch nach Kräften gefördert: die neuen Ich-AGs, Mini-Jobs und 1-Euro-Jobs sind ein abgabenarmer Arbeitskräftemarkt, der nicht nur von den sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern mitfinanziert wird, sondern auch deren Löhne drückt und deren Arbeitsplätze in Frage stellt, zerstört und ersetzt. Diese staatlich subventionierten Beschäfti-

gungsalternativen sind nicht ein Teil der Lösung, sondern ein Teil des Problems.

So wird die Mittelschicht von zwei Seiten in die Zange genommen. „Oben belohnt das Sozialversicherungssystem Besserverdienende durch eine geringe Abgabenlast,“ bemerkt Sauga. „Unten öffnet der Staat den Fluchtweg in subventionierte Erbsatz-Arbeitsverhältnisse. Wer dazwischen sitzt, gehört zum doofen Rest, der alles bezahlt.“

### **Steuerpolitik**

Abgaben sind schlecht, weil sie dazu führen, dass die Solidarleistungen nur von der Mittelschicht getragen werden müssen. Steuern sind gut, weil damit garantiert ist, dass alle Bevölkerungsschichten beteiligt sind. – Dieser Gedankengang stimmt nur im Ansatz. Denn: auch die Steuern sind sehr ungleich verteilt.

In der Geschichte der Bundesrepublik gab es auch hier eine kontinuierliche Verschiebung zu Ungunsten der Arbeitnehmer. Die Einkommenssteuereinnahmen kamen 1960 zur Hälfte von den Löhnen und zur Hälfte von den Gewinn- und Vermögenseinkünften. Heute beträgt das Verhältnis 86 % zu 14 %. Finanzwissenschaftler sprechen zynisch von einer „Proletarisierung der Einkommensteuer“.

Ein Grund ist sicher der Wettbewerb zwischen Staaten und Ländern um Unternehmen. Damit sie sich ansiedeln, verzichtet man lieber auf eine angemessene Besteuerung – schließlich kann man ja dann die Arbeitnehmer viel problemloser abschöpfen. Der Anteil der Körperschafts-

## ***Wer hat, dem wird gegeben. Wer wenig hat, dem wird genommen.***

steuer am gesamten Steueraufkommen ging von 10 % im Jahr 1960 auf heute 4 % zurück.

Aber nicht nur Unternehmen werden in Deutschland hofiert, sondern auch Kapitalbesitzer, Vermieter und Aktionäre. Die Vermögenssteuer wurde von der schwarz-gelben Regierung Kohl Mitte der 90er-Jahre abgeschafft.

Von der rot-grünen Einkommenssteuer-Reform profitierten

wiederum am stärksten Spitzenverdiener. Der Spitzensteuersatz wurde gesenkt, gleichzeitig aber auch die Bemessungsgrenze, so dass ihn immer mehr Bürger zahlen müssen. Musste man dafür Ende der 50er-Jahre noch das 23-fache des Durchschnitts verdienen, genügt heute schon das Doppelte. Auch wenn die Bemessungsgrenzen konstant bleiben, rutschen die Arbeitnehmer durch Lohnsteigerungen automatisch immer wieder in höhere Steuerklassen – obwohl die Inflation letztlich für sinkende Realeinkommen sorgt.

Die schwarz-rote „Abgeltungssteuer“ schließlich, die am 01.01.09 in Kraft treten wird, entlastet die Kapitalbesitzer: Zinseinkünfte und ähnliche „arbeitslose“ Einkommen werden pauschal mit 25 % besteuert. Wer hat, dem wird gegeben. Wer wenig hat, dem wird genommen. Wer sein Geld „arbeiten“ lässt, muss von seinen Einkünften nur halb so viel an die Gemeinschaft abführen wie derjenige, der persönlich jeden Tag hart arbeitet.

Eine höhere Besteuerung von Erbschaften wäre hervorragend geeignet, Geld in die leeren Staatskassen zu bringen und gleichzeitig für ein bisschen mehr Gleichheit zwischen den Menschen zu sorgen. Diese Chance wird nicht genutzt. Von den 150 Milliarden Euro, die jedes Jahr von einer Generation zur nächsten wandern, kassiert der Staat gerade mal 4 Milliarden: 2,5 %.

So sammeln sich in der Oberschicht immer größere Vermögen an. Das reichste Prozent besitzt 21 % des Volksvermögens, das reichste Fünftel rund zwei Drittel. Das ärmste Fünftel besitzt nichts, höchstens Schulden. Die mittleren drei Fünftel besitzen noch rund ein Drittel des Volksvermögens, müssen aber immer mehr abgeben – nach unten und nach oben. Die Reichen werden immer reicher, und der Rest immer ärmer – in immer rasantem Tempo.

### **Konsequenzen für die Parteienlandschaft**

Obwohl geschickt getarnt, wird die Ungerechtigkeit unseres Steuer- und Sozialsystems immer deutlicher spürbar. Das hat politische Konsequenzen: Die Parteienlandschaft gerät in

## LITERATUR

**Michael Sauga**  
***Wer arbeitet, ist der Dumme***

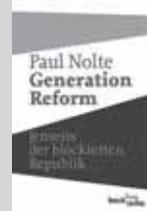
Die Ausbeutung der Mittelschicht  
Piper, 2007  
240 Seiten, 16.90 Euro  
978-3-492-05127-9



**Franz Walter**  
***Träume von Jamaika***  
Wie Politik funktioniert und was die Gesellschaft verändert  
KiWi, 2006  
253 Seiten, 8.95 Euro  
978-3-462-03760-9



**Paul Nolte**  
***Generation Reform***  
Jenseits der blockierten Republik  
Beck, 2004  
255 Seiten, 12.90 Euro  
978-3-406-51089-2



Bewegung. Die Zustimmung zu den „Volksparteien“ nimmt immer mehr ab. Die „Sozialdemokraten“ sind in Umfragen gar schon unter die 20 %-Marke gerutscht.

Die Linke erlebt plötzlich unerwarteten Zuspruch – obwohl sie eigentlich von ihrer Tradition und ihrem Grundverständnis eine Partei der Unterschicht ist. Die dort lächerlich geringe Wahlbeteiligung haben wir eingangs schon erwähnt. Die Linke muss

## ***Die Reichen werden immer reicher, und der Rest immer ärmer.***

also zahlreiche Stimmen aus der Mittelschicht erhalten haben – obwohl sie deren Interessen gar nicht konsequent vertritt.

Für eine konsequente Vertretung der Mittelschichtsinteressen braucht es eigentlich eine weitere Partei. Momentan herrscht hier ein Vakuum. Sauga: „Noch immer stellt die arbeitende Mittelschicht die Mehrheit der Wähler im Land. Wer es schafft, ihre Belange glaubwürdig zu seiner Sache zu machen, hätte gute Chancen, bei den anstehenden Wahlen zu profitieren.“ Das könnte die ödp sein. Sie muss diese Chance nur konsequent ergreifen.